

RHEINLAND-PFALZ

Arbeitslosigkeit 1967 – 1976 in den Haupt- und Nebenstellen

NORDRHEIN-

WESTFALEN

BELGIEN

HESSEN

LUXEMBURG

SAARLAND

BADEN-

WÜRTTEMBERG

ZEICHENERKLÄRUNG

- | | | | | |
|--|--|--|---------|------------------------------------|
| | Staatsgrenzen | | NORLENZ | Name einer kreisfreien Stadt |
| | Landesgrenzen | | Glau | Name einer Verbandsgemeinde |
| | Reg. Bez. Grenzen | | Morbach | Name einer verbandsfreien Gemeinde |
| | Kreisgrenzen | | | |
| | Verbandsgemeindengrenzen
oder Grenzen
verbandsfreier Gemeinden | | | |
| | Hauptamt | | | |
| | Nebenamt | | | |
| | Arbeitsamtbezirksgrenze | | | |
| | Nebenstellenbezirksgrenze | | | |

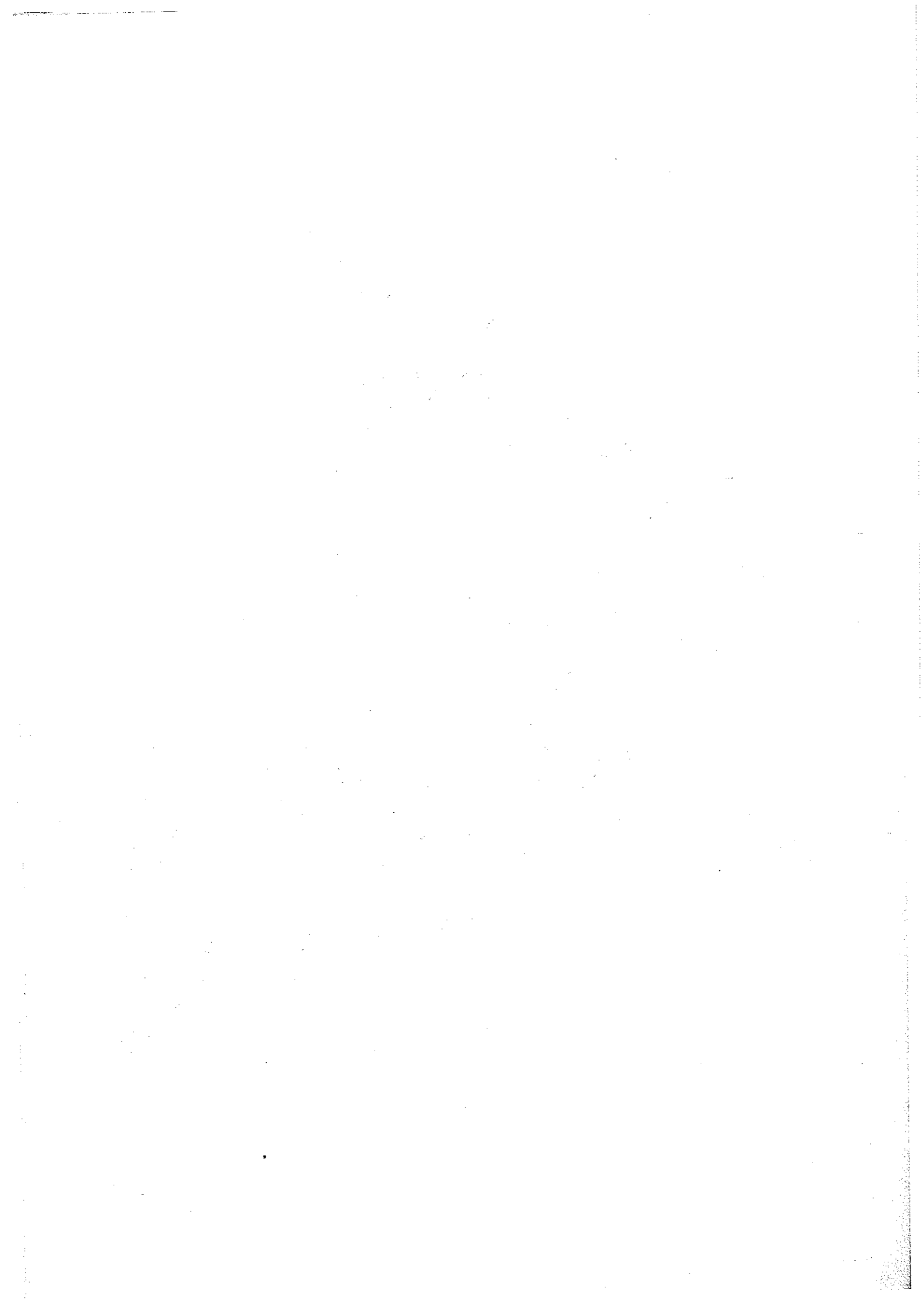
Arbeitslosenquote in v.H.

- 2-3
- 3-4
- 4-5
- 5-6
- 6-7
- 7-9

Veränderung der Arbeitslosenquote 1967 – 1976

- -
 -
 -
- Abnahme der Arbeitslosenquote
Zunahme der Arbeitslosenquote < 2,5% (= BØ)
Zunahme der Arbeitslosenquote 2,5% – 3,5%
Zunahme der Arbeitslosenquote > 3,5%

STAATSKANZLEI RHEINLAND-PFALZ - OBERSTE LANDESPLANUNGSBEHÖRDE -

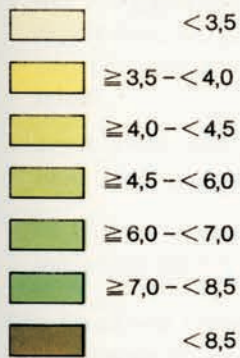


Arbeitslosenquote in den Arbeitsamtsbezirken

Januar 1977



Arbeitslosenquote i.v.H.



— Arbeitsamtsbezirksgrenze

Juni 1977





2. Der Vollzeitunterricht hat zunehmend an Bedeutung gewonnen: Bei sinkender Gesamtschülerzahl ging die Zahl der Schüler mit Vollzeitunterricht zwar auch geringfügig – um 4,1 % – zurück, die Zahl der Schüler mit Teilzeitunterricht nahm jedoch mit 13,5 % wesentlich stärker ab.
3. Die Zahl der berufsbildenden Schulen ist trotz rückläufiger Schülerzahl gestiegen, von 483 im Schuljahr 1974/75 auf 491 im Schuljahr 1976/77.
4. Die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Schulformen und Berufsfeldern wurde in hohem Maße von der allgemeinwirtschaftlichen und regionalen Entwicklung beeinflusst. Die Nachfrage nach dem Bildungsgang Wirtschaft und Verwaltung ging relativ stärker zurück als in den anderen Berufsfeldern. Wegen der starken Verflechtung von Bildungs- und Beschäftigungswesen gerade im Bereich der berufsbildenden Schulen ist eine möglichst flexible Anpassung an die Erfordernisse der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung notwendig.

Ausgehend von dem Aktionsprogramm der Landesregierung für eine bessere berufliche Bildung in Rheinland-Pfalz von 1973 richteten sich die **Bemühungen** im Berichtszeitraum vor allem **auf eine qualitative Verbesserung des Bildungsangebotes und auf Maßnahmen zur Entspannung der Situation arbeitsloser Jugendlicher**. Schwerpunkte waren:

- die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems durch den Ausbau des Systems beruflicher Grund- und Fachbildung, die Ausweitung des Berufsschulunterrichts und eine stärkere Kooperation der Berufsschule mit den Ausbildungspartnern der Wirtschaft;
- der Ausbau von besonderen Bildungsgängen an den berufsbildenden Schulen für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und für behinderte Schüler;
- im Bereich der berufsbildenden Wahlschulen die Stärkung des bestehenden differenzierten Bildungsangebots unter Berücksichtigung von Problemgebieten.

Die Standorte berufsbildender Schulen befinden sich im wesentlichen in Oberzentren und Mittelzentren (s. hierzu Karten 13 und 14). Im Berichtszeitraum entstanden durch Schulteilungen im Oberzentrum Ludwigshafen zwei neue berufsbildende Schulen: die berufsbildende Schule Technik II und die berufsbildende Schule Wirtschaft II.

Es wurden acht Baumaßnahmen durchgeführt, und zwar insbesondere in Worms, Ludwigshafen, Cochem, Koblenz, Sohren, Montabaur und Trier, wozu das Land Finanzierungsmittel in Höhe von 9,6 Mio DM bereitgestellt hat.

Im Berichtszeitraum erfuhr die organisatorische und inhaltliche Neugestaltung der Berufsschule **neue Impulse durch die Gliederung in eine auf ein breiteres Berufsfeld bezogene Grundstufe und eine darauf aufbauende, mehr berufsbezogene Fachstufe**. In der Grundstufe besuchten im Schuljahr 1976/77 3 469 Schüler ein Berufsgrundschuljahr (Vollzeitunterricht) und weitere 885 Schüler das Berufsgrundbildungsjahr im dualen System, das sind insgesamt 13,8 % der Grundstufenschüler, also 1 588 mehr als im Schuljahr 1974/75.

Berufsschulen

Die unterschiedliche Organisationsform der Grundstufe hängt ab von den jeweiligen sektoralen und regionalen Gegebenheiten in Schule und Wirtschaft. Die Nachfrage nach Plätzen im **Berufsgrundschuljahr** stieg vor allem im Berufsfeld Metall von 379 im Schuljahr 1974/75 auf 671 Schüler im Schuljahr 1976/77. Obwohl das Berufsfeld Hauswirtschaft/Sozialpflege im Schuljahr 1976/77 mit 2 031 noch die höchste Schülerzahl aufweist, ist der Anteil an der Gesamtzahl der Schüler im Berufsgrundschuljahr von 64,0 % auf 58,5 % zurückgegangen. Auch im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung ergab sich ein deutlicher Anstieg von 414 Schülern auf 563 Schüler (16,2 %).

Eine **beachtliche Ausweitung** erfuhr auch der **Blockunterricht**, der den herkömmlichen Teilzeitunterricht der Berufsschulen zu zeitlich geschlossenen Blöcken mit Vollzeitunterricht zusam-

menfaßt und damit das systematische Lernen verbessern hilft. Gegenüber 1974/75 stieg die Zahl der Schüler mit Blockunterricht von 8 768 auf 14 156 Schüler, das sind 14,6 % aller Berufsschüler. Der Blockunterricht entwickelt sich am stärksten im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung (5 394 Schüler = 38,1 %), gefolgt vom Berufsfeld Metall (3 896 Schüler = 27,5 %) und vom Berufsfeld Elektrotechnik (1 423 Schüler = 10,0 %).

Zur differenzierten Förderung behinderter Jugendlicher, Jugendlicher ohne Ausbildungsverhältnis und von Schülern ohne Hauptschulabschluß wurde besonders in Gebieten mit erhöhter Jugendarbeitslosigkeit die Möglichkeit zu einem **Sonderberufsgrundschuljahr** geschaffen. Das Sonderberufsgrundschuljahr besuchten im Schuljahr 1976/77 725 Schüler in 50 Klassen.

Berufsaufbauschulen Der **Trend zur Berufsaufbauschule mit Vollzeitunterricht** hielt auch im Berichtszeitraum an. Während 1974/75 noch 2 475 Schüler Bildungsgänge mit Teilzeitunterricht besuchten, waren es 1976/77 nur noch 1 542 Schüler, ein Rückgang um 37,7 %. Hingegen befanden sich im Schuljahr 1976/77 1 384 Schüler in Klassen der Berufsaufbauschulen mit Vollzeitunterricht.

Während einige Teilzeitbildungsgänge entsprechend der differenzierten Schülerzahlenentwicklung zurückgenommen wurden, wurden im Berichtszeitraum folgende **neue Bildungsgänge eröffnet**:

Region Westpfalz

Berufsaufbauschule Technik (Teilzeit) in Kaiserslautern,
Berufsaufbauschule Technik (Vollzeit) in Zweibrücken und
Berufsaufbauschule Technik (Vollzeit) in Pirmasens

Region Rheinhessen-Nahe

Berufsaufbauschule Wirtschaft (Vollzeit) in Worms

Region Trier

Berufsaufbauschule Wirtschaft (Teilzeit) in Trier.

Berufsfachschulen Der allgemeinen Entwicklung der Schülerzahlen folgte auch die Berufsfachschule: Die Zahl der Schüler ging von 16 725 im Schuljahr 1974/75 auf 15 560 im Schuljahr 1976/77 zurück, während die Klassenzahl durch die **Errichtung einiger neuer Bildungsgänge** geringfügig von 605 auf 631 anstieg. Am stärksten vertreten ist der zweijährige Bildungsgang Wirtschaft mit 8 395 Schülern, gefolgt von dem zweijährigen Bildungsgang Hauswirtschaft mit 3 475 und den zweijährigen Bildungsgängen Metall und Elektrotechnik mit insgesamt 1 507 Schülern.

Bei den Berufsfachschulen konnte bereits in hohem Maße ein flächendeckendes Angebot in Rheinland-Pfalz erreicht werden. Dennoch wurden im Berichtszeitraum entsprechend der großen Nachfrage folgende Bildungsgänge neu errichtet:

Region Trier

Berufsfachschule, zweijähriger Bildungsgang Metall, Gerolstein

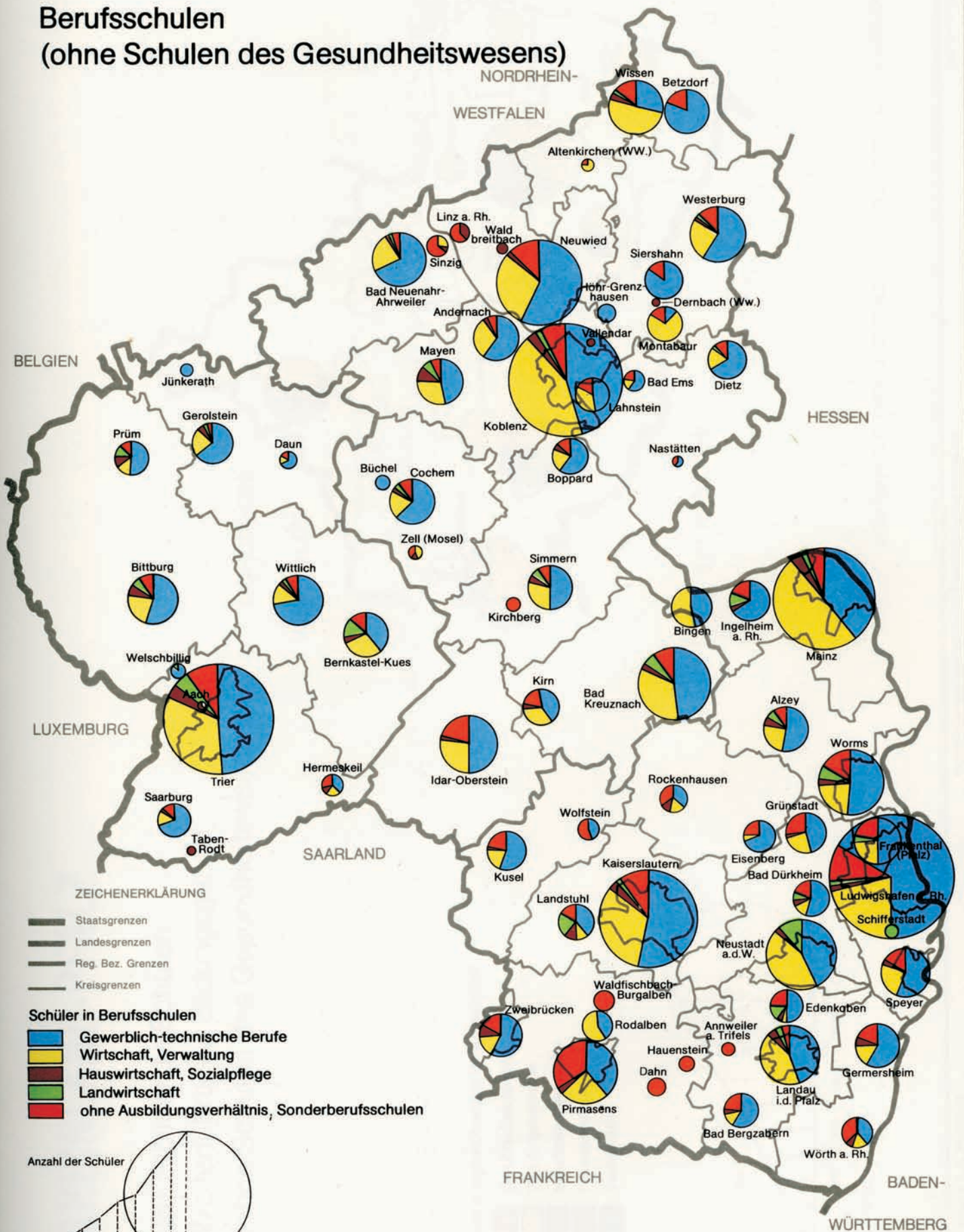
Region Rheinpfalz

Berufsfachschule mit zweijährigem Bildungsgang Wirtschaft, Bad Dürkheim;
Berufsfachschule mit zweijährigem höheren Bildungsgang Chemie (Schule in freier Trägerschaft), Ludwigshafen.

Fachoberschulen Auch in der Fachoberschule machte sich die **Schülerzahlenentwicklung** und die **veränderte Arbeitsplatzsituation** bemerkbar. Insgesamt sank die Schülerzahl von 1974/75 bis zum Schuljahr 1976/77 um 547 Schüler (10,2 %) auf 4 788 Schüler, wovon sich 1 578 in der Klasse 11 und 3 210 in der Klasse 12 befanden. Den stärksten Rückgang gab es im Bildungsgang Technik, während die Fachrichtung Landwirtschaft einen geringfügigen Zuwachs erreichte.

RHEINLAND-PFALZ

Berufsschulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens)

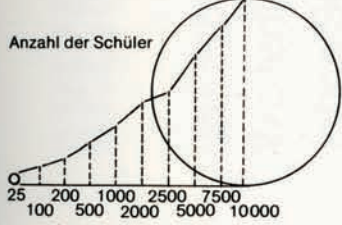


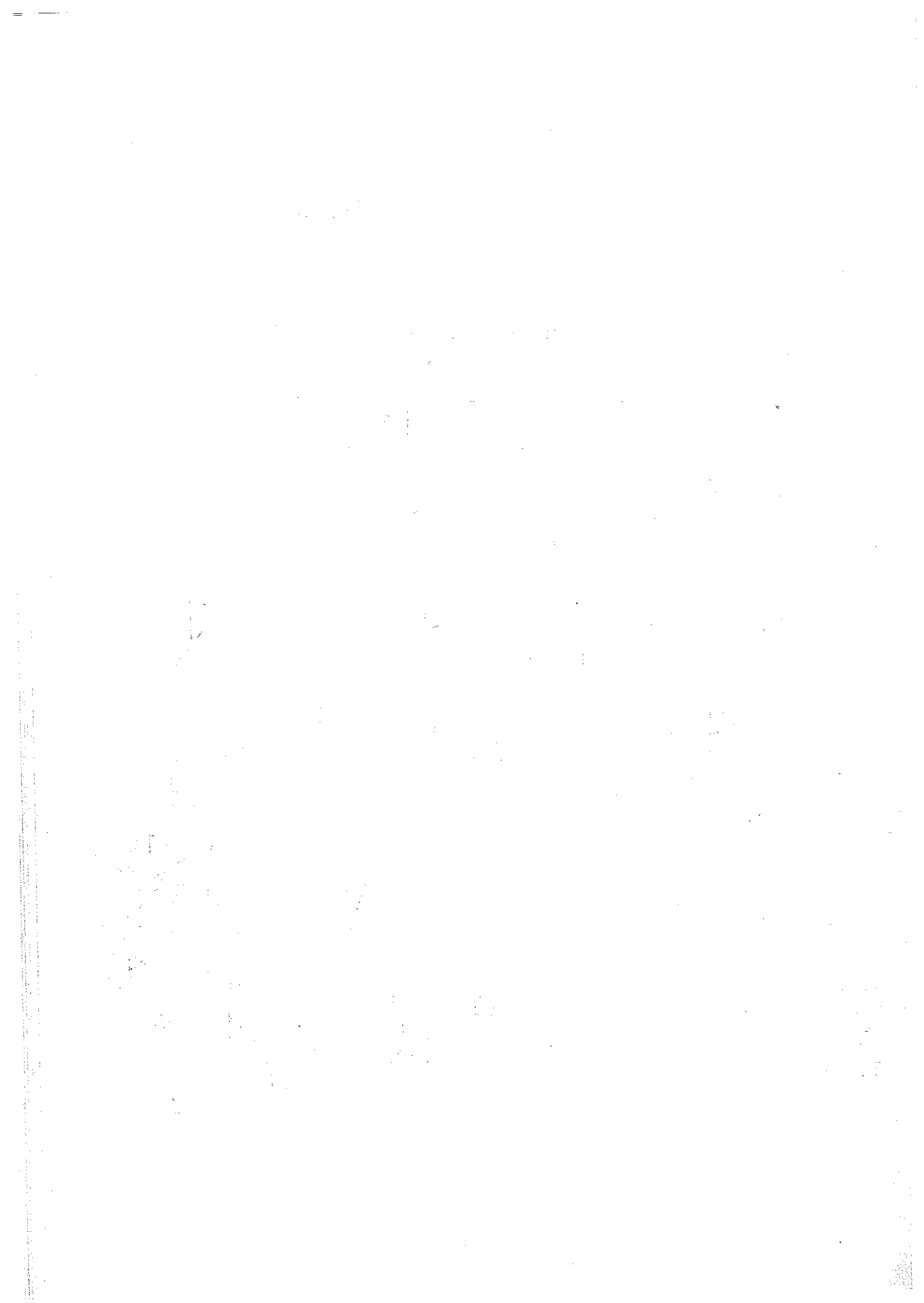
ZEICHENERKLÄRUNG

- Staatsgrenzen
- Landesgrenzen
- Reg. Bez. Grenzen
- Kreisgrenzen

Schüler in Berufsschulen

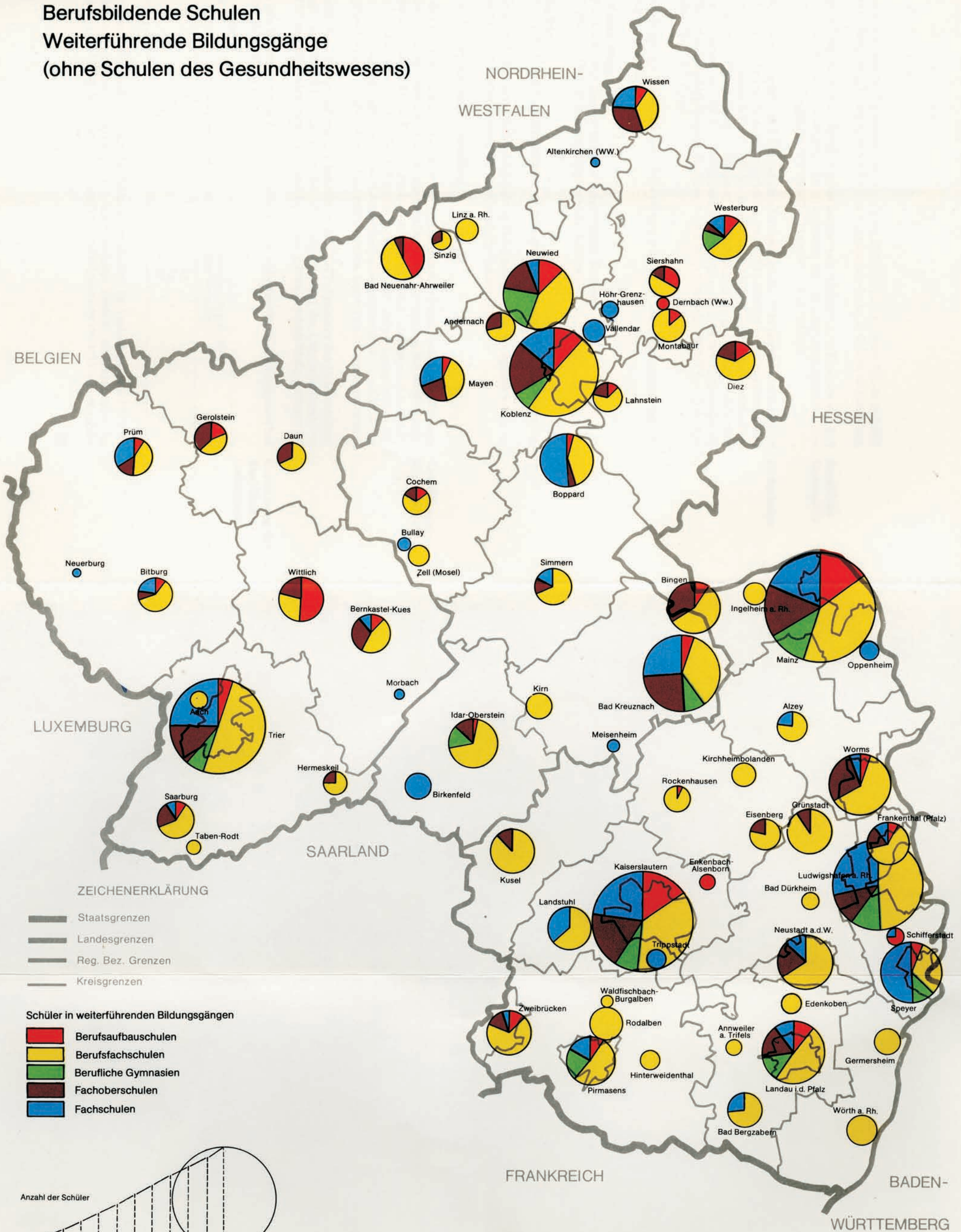
- Gewerblich-technische Berufe
- Wirtschaft, Verwaltung
- Hauswirtschaft, Sozialpflege
- Landwirtschaft
- ohne Ausbildungsverhältnis, Sonderberufsschulen





RHEINLAND-PFALZ

Berufsbildende Schulen
Weiterführende Bildungsgänge
(ohne Schulen des Gesundheitswesens)

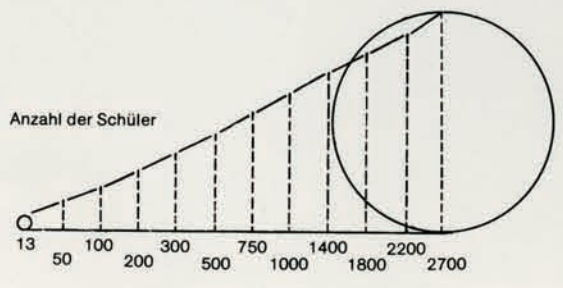


ZEICHENERKLÄRUNG

- Staatsgrenzen
- Landesgrenzen
- Reg. Bez. Grenzen
- Kreisgrenzen

Schüler in weiterführenden Bildungsgängen

- Berufsaufbauschulen
- Berufsfachschulen
- Berufliche Gymnasien
- Fachoberschulen
- Fachschulen



Stand: 1.10.1977

STAATSKANZLEI RHEINLAND-PFALZ - OBERSTE LANDESPLANUNGSBEHÖRDE -

Aufgrund der regionalen Nachfragesituation wurde im Berichtszeitraum eine Schule in freier Trägerschaft (Bildungsgang Technik) in der Region Rheinhessen-Nahe in Worms neu errichtet.

Die **beruflichen Gymnasien** haben durch den **jahrgangsweisen Ausbau** einen **Zuwachs** von 200 auf insgesamt 1 859 Schüler aufzuweisen, davon befanden sich im Bildungsgang technisches Gymnasium 365 und im Bildungsgang Wirtschaftsgymnasium 1 494 Schüler.

**Berufliche
Gymnasien**

Der **Rückgang der Schülerzahl in den Fachschulen** hielt sich mit **5,2 % in Grenzen**. Im Schuljahr 1976/77 wurden 4 186 in 182 Klassen unterrichtet, davon 711 Schüler in Teilzeitklassen und 3 475 Schüler in Vollzeitklassen. Innerhalb der verschiedenen Berufsfelder ergaben sich allerdings unterschiedliche Entwicklungen. Während die Fachschulen im gewerblich-technischen Bereich einen Rückgang von 18,7 % hinnehmen mußten, stieg die Zahl der Fachschüler im sozialpflegerischen/sozialpädagogischen Bereich von 2 294 im Schuljahr 1974/75 auf 2 413 im Schuljahr 1976/77 (+ 5,2 %) an.

Fachschulen

Aufgrund der steigenden Nachfrage nach Schulplätzen wurden im Berichtszeitraum folgende neue Fachschulen errichtet:

Region Mittelrhein-Westerwald

Fachschule für Altenpflege (Schule in freier Trägerschaft), Koblenz;
Fachschule Wirtschaft (Schule in freier Trägerschaft), Koblenz.

Region Rheinpfalz

Fachschule für Technik und Naturwissenschaft (Schule in freier Trägerschaft), Ludwigshafen.

Die zuvor kommunale Deutsche Schuhfachschule in Pirmasens (Region Westpfalz) wurde im Berichtszeitraum in die Verantwortung des Landes übernommen.

Betriebliche und überbetriebliche Ausbildung

Während in den sechziger Jahren ein erhebliches Überangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen bestand, ist in den siebziger Jahren eine zunehmende Verknappung des Ausbildungsplatzangebotes eingetreten. Diese Entwicklung ist u.a. auf den Konjunkturerinbruch sowie die strukturellen Veränderungen in einzelnen Wirtschaftszweigen und Beschäftigungsfeldern zurückzuführen. Trotz des insgesamt verringerten Ausbildungsplatzangebotes ist es jedoch bisher weitgehend gelungen, alle an einer Ausbildung interessierten Jugendlichen unterzubringen.

**Ausbildungs-
platzsituation**

Das betriebliche Ausbildungsplatzangebot hat sich im Jahr 1977 gegenüber den Neueinstellungen 1976 sogar um rund 26 % erhöht, wobei allerdings die Zahl der Lehrstellenbewerber aufgrund der heranwachsenden geburtenstarken Jahrgänge in etwa gleichem Maße gestiegen ist.

Die Zahl der **neu abgeschlossenen** Ausbildungsverhältnisse nach dem Berufsbildungsgesetz hat sich in Rheinland-Pfalz wie folgt entwickelt:

**Entwicklung der
Ausbildungs-
verhältnisse**

Ausbildungsjahr	neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1974/75	28 059	- 6,8
1975/76	25 934	- 7,6
1976/77	28 428	+ 9,6

Der Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse im Ausbildungsjahr 1975/76 ist insbesondere noch auf die Auswirkungen der Kurzsuljahre 1966/67 zurückzuführen. Im Ausbildungsjahr 1976/77 hat die Zahl der Neuabschlüsse den Stand von 1974/75 bereits wieder

erreicht. Nach den vorläufigen Zahlen haben sich die neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse im Ausbildungsjahr 1977/78 gegenüber 1976/77 um rund ein Viertel erhöht. Trotz der deutlichen Zunahme der Lehrstellenbewerber im Jahr 1977 hat sich demnach die Ausbildungsplatzsituation entgegen vielfachen Befürchtungen sogar leicht verbessert.

Ausbildungsbereiche Die neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse verteilten sich im Ausbildungsjahr 1976/77 auf die einzelnen Ausbildungsbereiche wie folgt:

Ausbildungsbereich	Rheinland-Pfalz absolut	in %	Bundesgebiet absolut	in %
Industrie und Handel	12 843	45,8	221 883	46,1
Handwerk	10 582	37,8	178 819	37,1
Landwirtschaft	754	2,7	15 439	3,2
Öffentl. Dienst ¹⁾	751	2,7	17 428	3,6
Sonstige ²⁾	3 083	11,0	48 334	10,0
insgesamt	28 013	100,0	481 903	100,0

¹⁾ ohne Beamtenanwärter und Dienstanfänger

²⁾ freie Berufe und Hauswirtschaft

Aus der obigen Tabelle ergibt sich, daß das Handwerk im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl einen überdurchschnittlich hohen Anteil an der Heranbildung des Nachwuchses hat. Im Ausbildungsjahr 1977/78 dürfte sich dieser Anteil noch erhöht haben.

Berufswünsche der Jugendlichen Die Ausbildungsplatzsituation wird dadurch erschwert, daß die Berufswünsche der Jugendlichen vielfach nicht mit der Berufsstruktur unseres Beschäftigungssystems übereinstimmen.

Die Berufswünsche konzentrieren sich auf relativ wenige „Modeberufe“ (insbesondere im Organisations-, Büro- und Verwaltungsbereich, in der Elektrotechnik und im Gesundheitswesen), während es in anderen Bereichen wie z.B. in der Bauwirtschaft noch eine größere Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze gibt.

Verhältnis zwischen Schulabgängern und angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätzen Anhaltspunkte für die regionale Ausbildungsplatzsituation ergeben sich insbesondere aus einem Vergleich der Schulabgänger aus den Sekundarbereichen I und II mit den angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätzen (neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zuzüglich unbesetzte Ausbildungsplätze); ein Teil der Schulabgänger tritt in berufsbildende Vollzeitschulen, weiterführende allgemeinbildende Schulen und Hochschulen über.

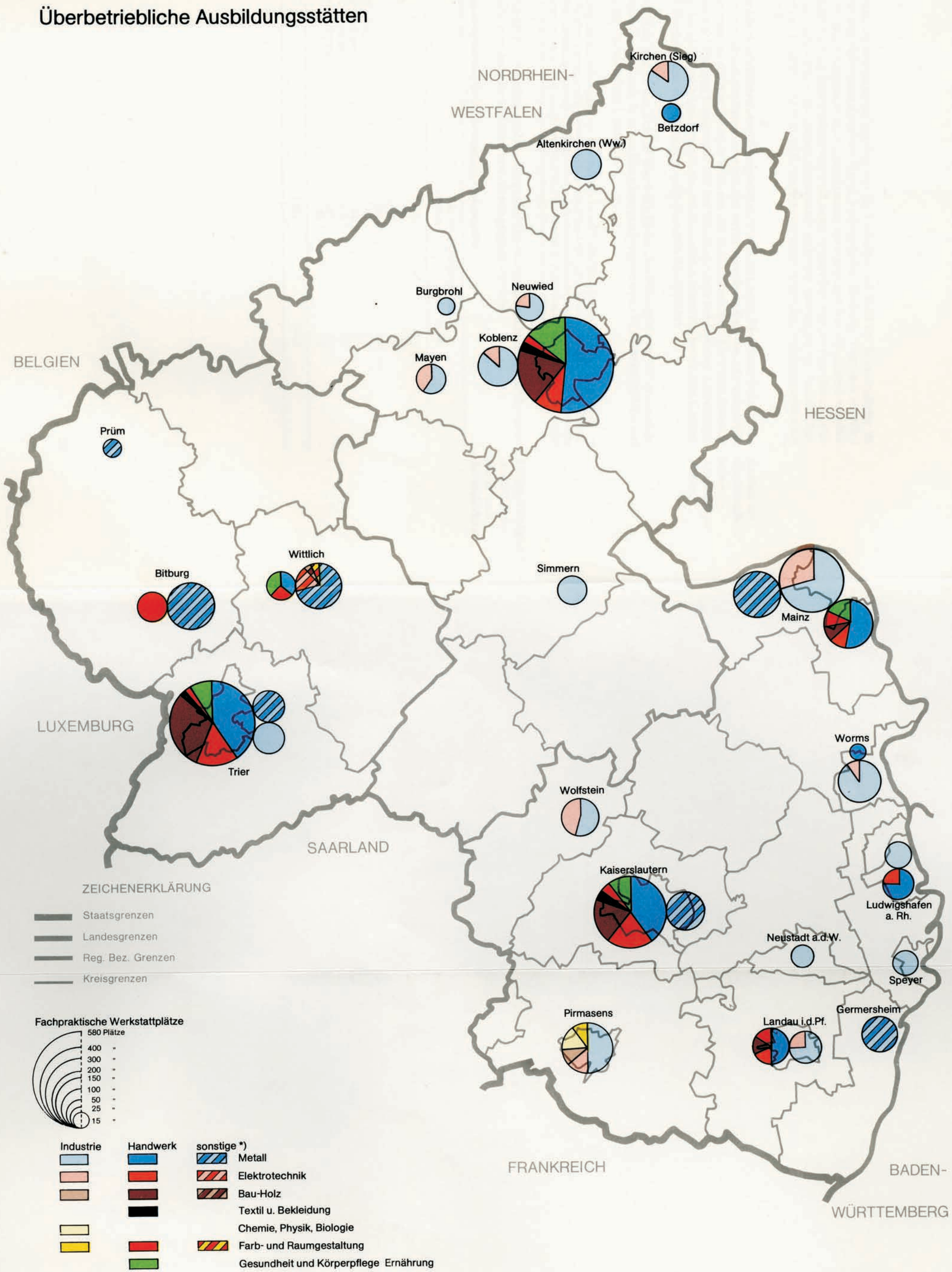
Tabelle 15: Das betriebliche Ausbildungsplatzangebot 1976 in den Arbeitsamtsbezirken¹⁾

Arbeitsamtsbezirk	angebotene betriebliche Ausbildungsplätze (Stichtag: 30. 9. 1976)	Verhältnis des Angebots zur Schulabgängerzahl in %	Index (Bundesdurchschnitt = 1,00)
Bad Kreuznach	2 319	58,3	0,91
Kaiserslautern	2 231	45,7	0,71
Koblenz	2 788	71,7	1,12
Ludwigshafen	4 168	75,1	1,17
Mainz	4 402	86,8	1,35
Mayen	1 676	49,1	0,76
Montabaur	2 009	54,3	0,84
Neustadt a. d. W.	2 439	55,3	0,86
Neuwied	2 355	68,1	1,06
Pirmasens	1 158	42,9	0,67
Trier	4 468	70,4	1,10
Rheinland-Pfalz	30 013	63,3	0,98

¹⁾ Quelle: Berufsbildungsbericht 1977 des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

RHEINLAND-PFALZ

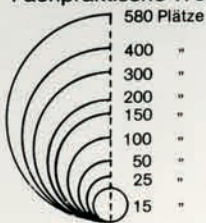
Überbetriebliche Ausbildungsstätten



ZEICHENERKLÄRUNG

- Staatsgrenzen
- Landesgrenzen
- Reg. Bez. Grenzen
- Kreisgrenzen

Fachpraktische Werkstattplätze

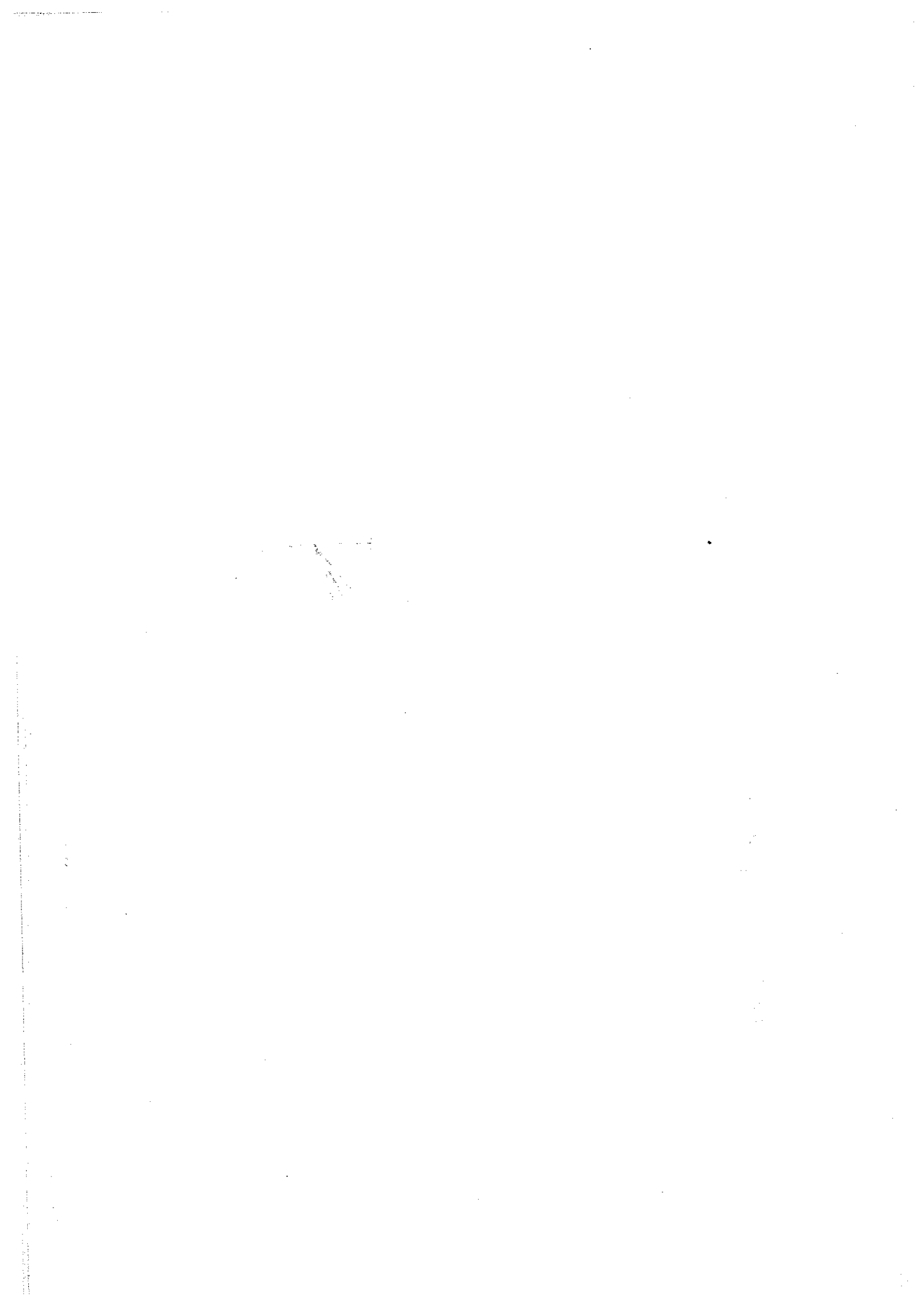


- | | | |
|------------------|-----------------|--------------------|
| Industrie | Handwerk | sonstige *) |
| Light Blue | Dark Blue | Hatched (Diagonal) |
| Orange | Red | Orange |
| Brown | Black | Brown |
| Yellow | Red | Black |
| Yellow | Green | Red |
| | | Green |
- Metall
 Elektrotechnik
 Bau-Holz
 Textil u. Bekleidung
 Chemie, Physik, Biologie
 Farb- und Raumgestaltung
 Gesundheit und Körperpflege Ernährung

Stand: 1. August 1977

*) Die Ausbildungsstätten werden in der Regel von Industrie und Handwerk benutzt

STAATSKANZLEI RHEINLAND-PFALZ - OBERSTE LANDESPLANUNGSBEHÖRDE -



Das betriebliche Ausbildungsplatzangebot war im Verhältnis zur Zahl der Schulabgänger im Jahre 1976 in den Arbeitsamtsbezirken Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier und Neuwied günstiger als im Bundesdurchschnitt. Art und Umfang des regionalen Ausbildungsplatzangebotes werden nicht nur vom Industrialisierungsgrad, sondern vor allem von der Branchenstruktur bestimmt. Eine ausgewogene Betriebsgrößenstruktur wirkt sich günstig auf die Ausbildungsplatzsituation aus, da kleine und mittlere Betriebe einen hohen Anteil der Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Das **Netz an überbetrieblichen Ausbildungsstätten** wurde im Lande Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren mit öffentlichen Finanzierungshilfen **weiter vervollständigt**. Diese Einrichtungen ergänzen insbesondere die Ausbildung in mittleren und kleinen Betrieben. Sie tragen demnach mittelbar auch zur Erhaltung bestehender und zur Schaffung neuer betrieblicher Ausbildungsplätze bei. In den überbetrieblichen Ausbildungsstätten werden neben der beruflichen Erstausbildung auch Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen durchgeführt.

Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungsstätten

In Rheinland-Pfalz gibt es zur Zeit **33 überbetriebliche** Ausbildungsstätten für gewerblich-technische Ausbildungsberufe. In diesen Einrichtungen befinden sich 3 621 Werkstattplätze und 2 051 Plätze für theoretischen Unterricht.

Von den überbetrieblichen Lehrwerkstätten befinden sich 16 mit 1 196 Werkstattplätzen in der Trägerschaft von Industrie- und Handelskammern und Zusammenschlüssen von Industriebetrieben (Genossenschaften) und 10 Einrichtungen mit 1 776 Ausbildungsplätzen in der Trägerschaft von Handwerkskammern und Innungen. 7 überbetriebliche Ausbildungsstätten mit 649 Werkstattplätzen für gewerblich-technische Ausbildungsberufe entfallen auf sonstige Träger. Diese Einrichtungen werden in der Regel von Auszubildenden aus Industrie und Handwerk besucht.

Die überbetrieblichen Ausbildungsplätze für gewerblich-technische Ausbildungsberufe verteilen sich auf die einzelnen Berufsfelder bzw. Berufsgruppen wie folgt:

Überbetriebliche Ausbildungsplätze nach Berufsfeldern

Tabelle 16: **Branchengliederung der überbetrieblichen Werkstattplätze**

Berufsfeld	Zahl der Ausbildungsplätze	
	absolut	in %
Metall	2 357	65,1
Elektrotechnik	484	13,4
Bau	264	7,3
Holz	101	2,8
Textil und Bekleidung	41	1,1
Chemie, Physik, Biologie	24	0,7
Farb- und Raumgestaltung	150	4,1
Gesundheit und Körperpflege	148	4,1
Ernährung	52	1,4
insgesamt	3 621	100,0

3. Wirtschaftlicher Ausbau und Erschließung des Raumes

3.1 Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

Die schwerste Rezession in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen hat auch in den nicht zu den Fördergebieten gehörenden Teilräumen des Landes zu großen wirtschaftlichen Problemen geführt. Unter solchen Bedingungen kommt zwar der **Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation** besonderes Gewicht zu. Dies darf aber nicht zu einer Bedeutungsminde- rung der regionalen Strukturpolitik führen. **Die Landesregierung hat** daher im Berichtszeitraum **an ihrer langfristig angelegten Politik der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur festgehalten. Nur eine stetige Politik kann das Vertrauen der Investoren gewinnen**, das erforderlich ist, damit in den Fördergebieten neue und hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden, die eine entscheidende Grundlage für die Herstellung wertgleicher Lebensverhältnisse in den strukturschwachen Gebieten sind.

Strukturelle und konjunkturelle Erschwernisse Im Berichtszeitraum (Mitte 1975 bis Mitte 1977) wirkten vor allem die folgenden Faktoren auf die regionale Strukturpolitik ein:

- die Energie- und Rohstoffpreiserhöhungen, die seit 1973 eintraten und für die westlichen Industrieländer langfristig zu erheblichen Strukturveränderungen ihrer Volkswirtschaften führten;
- eine anhaltende Investitionsschwäche der Wirtschaft infolge unsicherer Zukunftserwartungen;
- der Vorrang von Rationalisierungsinvestitionen vor arbeitsplatzschaffenden Erweiterungsinvestitionen, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit trotz vergleichsweise hohen Arbeitskostenniveaus zu erhalten;

Strukturpolitische Maßnahmen Zur Verbesserung der Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur werden insgesamt folgende Maßnahmen gefördert:

- **Schaffung von Arbeitsplätzen** durch Ansiedlung und Erweiterung von gewerblichen Produktionsbetrieben sowie von Fremdenverkehrsbetrieben;
- **Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur**(Erschließung von Industriegelände und öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen);
- **Errichtung und Ausbau von überbetrieblichen Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten;**
- **grundlegende Rationalisierungs- und Umstellungsinvestitionen** zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Besonders die vor dem Konjunkturrückschlag erzielte **Verbesserung der Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur hat dazu beigetragen, daß die Beschäftigungseinbrüche in den wirtschaftsschwachen Gebieten des Landes während des Berichtszeitraumes nicht noch schwerer waren.** Die Arbeitsmarktentwicklung läßt bis zum Ende des Berichtszeitraumes freilich nicht auf eine entscheidende Verstärkung des Konjunkturaufschwungs auf breiter Front schließen.

Von 1969 bis Mitte 1977 konnten im ganzen Land im Rahmen der regionalen Strukturverbesserung mit staatlichen Mitteln **273 gewerbliche Produktionsbetriebe neu angesiedelt und 1 519 Betriebe wesentlich erweitert** werden. Auf den Berichtszeitraum (1. Juli 1975 bis 30. Juni 1977) entfallen **7 855 von den insgesamt geförderten 69 120 Arbeitsplätzen.**

**Geförderte
Arbeitsplätze**

In den Gebieten der Regionalen Aktionsprogramme wurden bei der Förderung von Arbeitsplätzen in gewerblichen Produktionsbetrieben im einzelnen folgende Ergebnisse erzielt:

Tabelle 17: Förderung von Arbeitsplätzen in Regionalen Aktionsprogrammen

Regionale Aktionsprogramme	Arbeitsplätze gemäß Förderungsgenehmigungen		Eingeplante Arbeitsplätze laut Aktionsprogramm	
	1969 bis 30. 6. 77	1. 7. 75 bis 30. 6. 77	1. 1. 69 bis 30. 6. 77	1. 7. 75 bis 30. 6. 77
Eifel-Hunsrück	18 081	1 714	18 750	5 400
Saarland-Westpfalz (Teil Rheinland-Pfalz)	26 523	3 083	22 000	9 400
Mittelrhein-Lahn-Sieg (Teil Rheinland-Pfalz)	17 438	2 679	13 250	5 800
Regionale Aktionsprogramme insgesamt	62 042	7 476	54 000	20 600

Für die Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur hat das Land von **1969 bis 30. Juni 1977 insgesamt Zuschüsse von 407,1 Mio DM gewährt, davon im Berichtszeitraum 72,7 Mio DM.** Die Zuschüsse des Bundes belaufen sich auf 250,9 Mio DM bzw. auf 76,3 Mio DM im Berichtszeitraum.¹⁾

Förderungsmittel

Im Rahmen der Industrieansiedlung und der Erweiterung ansässiger gewerblicher Produktionsbetriebe wurden im ganzen Land mit staatlichen Finanzierungshilfen von 1969 bis 30. Juni 1977 im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung ein **Investitionsvolumen von ca. 5,02 Mrd. DM – im Berichtszeitraum 0,96 Mrd. DM** – und bei der Erschließung von Industriegelände ein Investitionsvolumen von 328,1 Mio DM – im Berichtszeitraum 23,3 Mio DM – gefördert.

Zur Finanzierung der strukturverbessernden Maßnahmen werden neben den Haushaltszuschüssen von Land und Bund erhebliche Mittel durch die Gewährung der je zur Hälfte aus Steuereingängen des Bundes und der Länder stammenden, steuerfreien Investitionszulagen sowie von ERP-Darlehen aufgebracht. Es wurden allein im Zeitraum 1969 bis 30. 6. 1977 Bescheinigungen zur Erlangung der Investitionszulage für ein Investitionsvolumen von rd. 4,4 Mrd. DM erteilt. Dies dürfte Investitionszulagen in einer Gesamthöhe von rd. 390 Mio DM ergeben. Für den Berichtszeitraum lauten die entsprechenden Daten rd. 650 Mio DM und 48 Mio DM.

Primär unter konjunkturellen Gesichtspunkten, jedoch mit strukturellen Akzenten und entsprechenden Folgewirkungen wurden im Berichtszeitraum **weitere Konjunkturprogramme** durchgeführt. Nachdem bereits 1974 ein „Einmaliges Sonderprogramm für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen“ ein „Sonderprogramm zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung“ sowie ein „Sonderprogramm zur Förderung der Beschäftigung und Stabilität“ aufgelegt worden waren, die in Rheinland-Pfalz zu einem Einsatz von Bundes- und Landesmitteln in Höhe von ca. 158 Mio DM geführt haben,²⁾ wurde im August 1975 nach vorheriger

**Sonder-
programme**

¹⁾ Diese Beträge enthalten auch die Mittel der Konjunkturprogramme, soweit sie für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur eingesetzt worden sind.

²⁾ Ohne nicht regionalisierte Wohnungsbaumittel sowie ohne Investitionszulage und ohne Sondermittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (vgl. im einzelnen Antwort des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr – Landtagsdrucksache 8/254 vom 3. 9. 1975 – auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD – Landtagsdrucksache 8/126 – zur Wirksamkeit von konjunkturellen Maßnahmen im Lande Rheinland-Pfalz).

Abstimmung von Bund und Ländern ein „**Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen**“ beschlossen. Innerhalb eines aus **Bundesmitteln** finanzierten Teilprogramms wurden dabei für Infrastrukturmaßnahmen in Rheinland-Pfalz 93,308 Mio DM eingesetzt. Darüber hinaus standen für vier jeweils zur Hälfte von **Bund und Land** finanzierte Teilprogramme des Konjunkturprogramms 1975 insgesamt 168 Mio DM zur Verfügung.

Diese verteilen sich auf die Einzelprogramme wie folgt:

	insgesamt Mio DM	Bund Mio DM	Land Mio DM
Kommunales Infrastrukturprogramm	75,4	37,70	37,70
Sonderprogramm Stadtsanierung	34,7	17,35	17,35
Wohnungsmodernisierungsprogramm	110,1	55,05	55,05
Bausparzwischenfinanzierungsprogramm	39,9	19,95	19,95
	18,0	9,00	9,00
insgesamt	168,0	84,00	84,00

In die von regionalpolitischen Aspekten nicht berührte Abwicklung der Teilprogramme „Wohnungsmodernisierung“ und „Bausparzwischenfinanzierung“ waren die obersten Landesbehörden nur beim Erlaß der Richtlinien eingeschaltet; im übrigen oblag der praktische Vollzug der Landesbank und der Deutschen Bau- und Bodenbank.

Sonderprogramm im Rahmen der Gemeinschafts- aufgabe

Das von der Bundesregierung am 23. März 1977 beschlossene Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge („**Programm für Zukunftsinvestitionen**“) sieht in einem Teilprogramm die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vor. Dieser Teil ist in den 6. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe übernommen worden.

Im einzelnen werden von 1977–1980 folgende Maßnahmen gefördert:

- a) in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgabe
 - Fußgängerzonen und Parkmöglichkeiten
 - alle bereits im Rahmenplan vorgesehenen wirtschaftsnahen Infrastrukturmaßnahmen mit Ausnahme der Industriegeländeerschließung;
- b) in den Fremdenverkehrsgemeinden im Sinne der Gemeinschaftsaufgabe
 - alle im Rahmenplan vorgesehenen Infrastrukturmaßnahmen zugunsten des Fremdenverkehrs.

Die Mittel des Sonderprogramms sollen wie folgt verteilt werden:

Maßnahmen Regionale Aktions- programme	Fußgängerzonen und Parkmöglichkeiten Mio DM	Sonstige Infra- strukturmaßnahmen Mio DM	Fremdenverkehrs- infrastruktur Mio DM	Gesamt Mio DM
Mittelrhein-Lahn-Sieg (Teil- programm Rheinland-Pfalz)	5,586	0,045	5,369	11,000
Eifel-Hunsrück	6,980	0,008	3,252	10,240
Saarland-Westpfalz (Teil- programm Rheinland-Pfalz)	5,740	–	12,120	17,860
insgesamt	18,306	0,053	20,741	39,100

Westpfalz- Programm

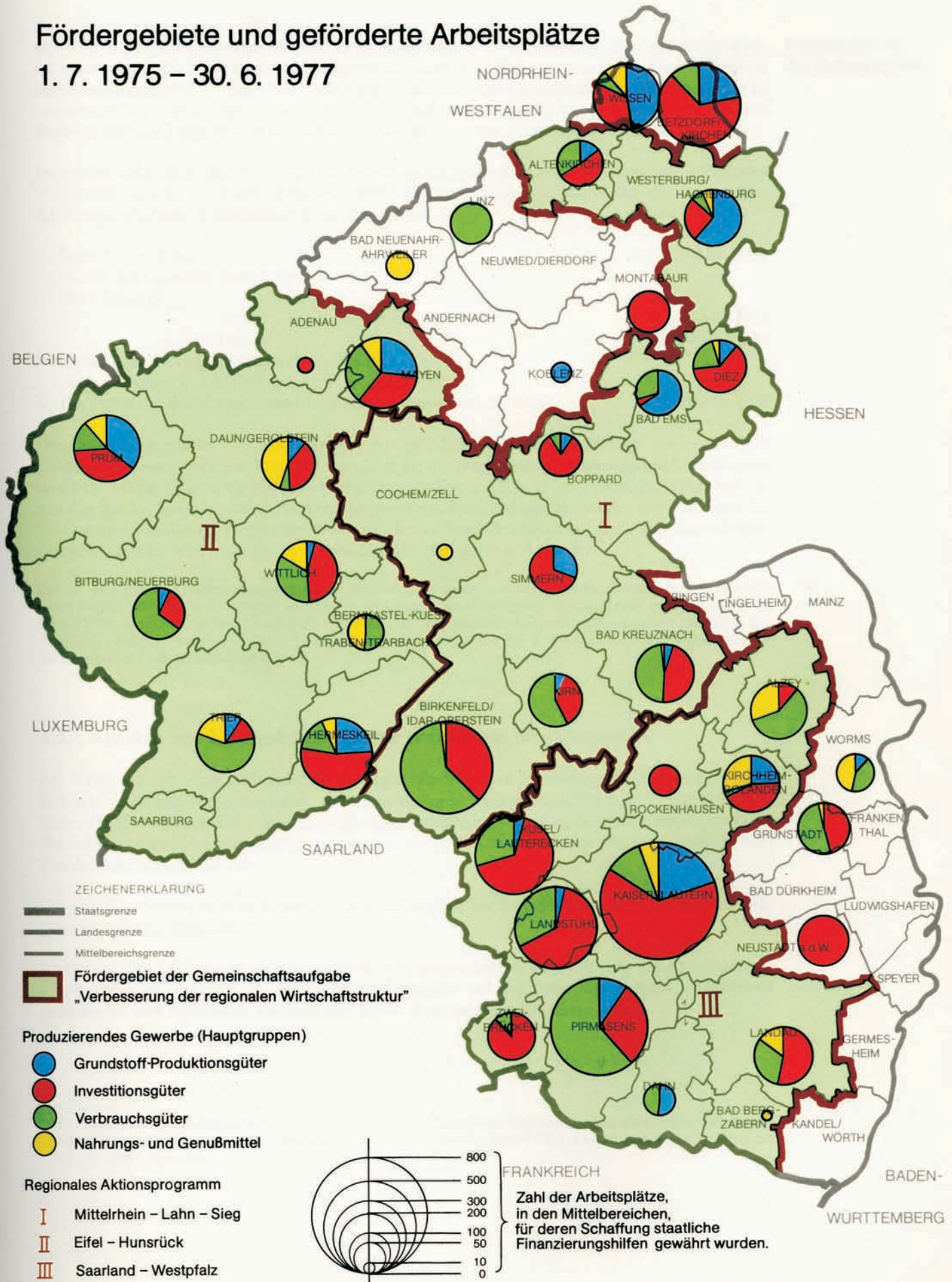
Im Rahmen des 1973 von der Landesregierung beschlossenen Westpfalz-Programms – in Ergänzung des schon bestehenden Regionalen Aktionsprogramms Saarland-Westpfalz – wurden für 1976 und 1977 im Landeshaushalt **Mittel zum weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Höhe von 72,13 Mio DM veranschlagt.**

28,0

RHEINLAND-PFALZ

Fördergebiete und geförderte Arbeitsplätze

1. 7. 1975 – 30. 6. 1977



STAATSKANZLEI RHEINLAND-PFALZ - OBERSTE LANDESPLANUNGSBEHÖRDE

